

Studie zur Kandidatensuche – „Parteien müssen sich öffnen“

Welche Voraussetzungen muss man mitbringen, um erfolgreich für Landtag oder Bundestag zu kandidieren? Nach welchen Gesichtspunkten wählen Parteien ihre Kandidaten aus? Mit diesen Fragen befasst sich eine aktuelle Studie des Instituts für Parlamentarismusforschung an der Uni Halle. Ende April stellten die Politikwissenschaftler ihre Ergebnisse rund 70 Gästen vor, die auf Einladung des Landesbeauftragten für politische Bildung ins Landeshaus gekommen waren.

Vor der Bundestagswahl 2017 hat das Forscherteam bundesweit 166 Parteiveranstaltungen besucht und mehr als 10.000 Fragebögen von Delegierten und Kandidaten ausgewertet. Eine wesentliche Erkenntnis: „In Deutschland kann jeder Abgeordneter werden“, wie Studienleiter Benjamin Höhne betont – unabhängig von Bildungsstand, Geschlecht oder dem eigenen Geldbeutel. Aber „der Weg ist lang“, so Höhne. Denn bis ein Parteimitglied eine aussichtsreiche Kandidatur erreiche, müsse es die „Ochsentour“ bewältigen, also das oft jahrzehntelange Engagement auf Orts- und Kreisebene. Mehr als 60 Stunden pro Monat sind Bundestagskandidaten nach eigenen Angaben ehrenamtlich aktiv. Vorteile habe,

wer einen „politiknahen Beruf“ ausübe, unterstreicht Politikwissenschaftler Daniel Hellmann. Wer bereits im Parteiapparat arbeite oder einen Posten in einer Fraktion oder einem Ministerium habe, der besitze einen Wissensvorsprung und sei besser vernetzt.

„Blick nach innen“ dominiert

Die enge Bindung an die Partei sei für Parteitagdelegierte entscheidend, berichten die Forscher. Der Kandidat müsse als „einer von uns“ gelten. Ob er beim Wahlvolk tatsächlich ankomme, spiele dagegen kaum eine Rolle. „Parteien sind in sich geschlossene Systeme“, so Hellmann: „Die Bevölkerung bleibt weitgehend außen vor“, und „Seiteneinsteiger“ bekämen selten eine Chance.

Dieses Denken berge Gefahren, merkt Studienleiter Höhne an. Denn die Parteien verlieren fast durchgehend an Mitgliedern. SPD und CDU etwa hätten sich seit 1990 mehr als halbiert. Entsprechend sinke die Zahl der geeigneten Bewerber. Sein Vorschlag: Statt nur den „Blick nach innen“ zu richten, sollten „attraktive Kandidaten“ gesucht werden, „die die Sprache der Menschen sprechen“. Die Nominierung von Wahlkreisbewerbern und die Aufstellung der Listen müssten auf einer breiteren Basis stehen. So sei es denkbar, wichtige Posten nicht nur durch Delegierte vergeben zu lassen, sondern alle Parteimitglieder zu fragen. Oder gar, wie bei den Vorwahlen in den USA üblich, auch die potentiellen Wähler zu beteiligen. „Deutschland ist ein föderales Land“, so Höhne: „Das bietet viele Möglichkeiten zum Experimentieren.“

Mehr zur Studie unter www.iparl.de



Politikwissenschaftler Benjamin Höhne erläutert die Studie der Hallenser Parlamentarismusforscher.

Kommunalwahl 2018: Große verlieren, Kleine legen zu

Einbrüche bei den Großen, Gewinne bei den Kleinen – so der Trend bei der Kommunalwahl am 6. Mai. SPD und CDU holten ihre bisher schlechtesten Ergebnisse bei Kreis- und Gemeindewahlen im Lande.

Die Union erhielt insgesamt 3,8 Prozentpunkte weniger als bei der Kommunalwahl 2013, bleibt aber stärkste Kraft in allen Kreistagen sowie in Flensburg und Neumünster. Die Sozialdemokraten behaupteten ihre Hochburgen Kiel und Lübeck, trotz landesweiter Verluste von 6,5 Prozentpunkten. Teilweise büßte die SPD zweistellig ein. In Glückstadt stürzte sie um 16,5 Punkte auf 15,9 Prozent ab. Die großen Gewinner sind die Grünen. Sie holten 2,8 Prozentpunkte mehr als 2013. In Flensburg zogen sie sogar an der SPD vorbei.

Die FDP gewann 1,7 Prozentpunkte mehr als vor fünf Jahren. Liberale Hochburg bleibt Dithmarschen mit 9,1 Prozent Stimmenanteil. Die AfD trat erstmals bei einer schleswig-holsteinischen Kommunalwahl an und holte 5,5 Prozent. Der SSW musste Verluste von 0,6 Prozentpunkten hinnehmen. Die Wahlbeteiligung stieg nach dem Negativwert von 2013 nur leicht an, auf einen Landeschnitt von 47,1 Prozent.

